

KOMMENTAR:

Wird Mahathir zum „Marcos“ Malaysias ?

Zum Jahrestag der Massenverhaftungen im Oktober/November 1987 scheint Premierminister Dr. Mahathir Mohamad stärker und fester als zuvor im Sattel der Macht zu sitzen. Im Laufe von einem Jahr hat er nicht nur durch die Zwangsmaßnahmen die wenigen kritischen Zeitungen mundtot gemacht, führende Politiker der Oppositionsparteien durch Inhaftierung auf unbestimmte Zeit aus dem Verkehr gezogen und die NGOs eingeschüchtert. Politisch viel wichtiger für ihn war die Ausschaltung der Opposition innerhalb seiner eigenen Partei UMNO. Ihre Auflösung bzw. Illegalisierung durch ein Gericht ermöglichte es Mahathir, durch eine Neugründung der „UMNO-Baru“ mit einem Schlag sich seiner Gegner zu entledigen und eine neue Organisation zu schaffen, die so strukturiert war, daß seine Machtposition als Parteivorsitzender und Premierminister festigt wurde.

Die größte Gefahr bei diesem Vorgehen stellte die verfassungsmäßig noch relativ unabhängige Justiz dar, in der sich eine Reihe von Richtern befanden, die das Rechtsverständnis Mahathirs nicht teilten. Den bereits schwelenden Konflikt zwischen Mahathir und ihr verschärfte er durch eine Verfassungsänderung in bezug auf die Befugnisse

und Unabhängigkeit der Justiz. Höhepunkt bildete das Absetzungsverfahren des Lord President – des Höchsten Richters des Landes – sowie 2 weitere Richter des 11-köpfigen Supreme-Court (Oberstes Gerichts). Flankierend zu seiner Machterhaltungspolitik wurden das Presse-, Polizeigesetz und das Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) weiter verschärft.

Mahathirs oberstes ausgesprochenes Ziel ist die Entwicklung und Modernisierung des Landes durch eine forcierte Industrialisierung zu einem sogenannten „NIC“ (neu-industrialisiertes Land) wie Süd-Korea, Taiwan und Singapur. Diese erfolgreichen Länder haben nach seiner Meinung auch wenig Wert auf die Einhaltung der Grundfreiheiten und Demokratie gelegt.

Mahathir hat geradezu beispielhaft vorerzählt, wie der im bürgerlich-liberalen Sinne verstandene „Rechtsstaat“ völlig „demokratisch“ durch Beschlüsse des Parlaments zu einem Unrechtsstaat verändert werden kann, in dem das Gesetz zum Herrschaftsinstrument der Machthaber wird und nicht als regulierender Rahmen für Bevölkerung und Regierung verstanden wird. Ein solches Vorgehen ist gerade uns Deutschen mit

den Erfahrungen der „legalen“ Machtergreifung Hitlers und dem Aufbau des „3. Reiches“ nicht fremd. Mahathirs Vorgänger und z.T. jetzige Kritiker hatten allerdings hierzu reichlich Vorarbeit geleistet durch Verfassungsänderungen und Gesetzesergänzungen, die die bürgerlichen Grundrechte immer mehr einschränkten, wenn auch meist im (unausgesprochenen) Einvernehmen mit der herrschenden Elite.

Jetzt werden sie von ihren eigenen sowie den neuen repressiven Gesetzen getroffen. Und das ist neu an Mahathirs Vorgehensweise und erregt die Gemüter innerhalb der malaiischen Herrschaftselite. Die Anfang der 70er Jahre eingeleitete Neue Ökonomische Politik (NEP) entwickelte sich derart, daß sie der malaiischen Oberschicht sowie einem großen Teil der Mittelschicht zugute kam. Gerade aber in Zeiten stagnierenden Wachstums seit Mitte der 80er Jahre machten deutlich, daß auch diese Pfründe nur begrenzt ist und die Nähe zur politischen Macht sie am besten absicherten und erweiterte.

Mahathir konnte nicht mehr alle führenden Köpfe seiner Partei befriedigen und die Macht behalten, um sein eigenes politisches Konzept für Malaysia durchzu-

setzen. Deshalb suchte er den Ausweg durch eine Radikalkur. Seine Kritiker und Gegner in Malaysia, auch innerhalb der malaiischen Eliten, stellen ihn bereits in eine Linie mit Diktatoren wie Marcos.

Es scheint eine Reihe von Ähnlichkeiten zwischen der Machtergreifung von Marcos Anfang der 70er Jahre und Mahathirs Vorgehen heute zu geben. Marcos hat mit seiner repressiven Politik wesentliche Teile der traditionellen philippinischen Elite von der Ausübung der Staatsgewalt ausgeschaltet. Das betreibt Mahathir jetzt auch.

Marcos hat sich einen Stamm von loyalen Anhängern durch die Verteilung von wirtschaftlichen Vorteilen, Staatsaufträgen und staatlichen Pfründen aufgebaut, die ihm seine Machtposition sichern halfen. Im Zuge einer breit angelegten Privatisierungspolitik von staatlichen Dienstleistungen und Unternehmen wird Mahathir mit entsprechender Postenverteilung ebenfalls loyale Anhänger belohnen sowie gemäßigte Gegner zum Schweigen bringen und beide von sich abhängig machen können. Große Staatsaufträge an die entsprechenden Firmen sichern ebenfalls Loyalitäten. Die Möglichkeiten, gegen solche Art von

DOKUMENTATION

Erklärung der ISA-Häftlinge anlässlich des Jahrestags der Massenverhaftungen im Oktober 87

Ein Jahr unseres Lebens ist nun vergangen, seitdem wir willkürlich festgenommen und inhaftiert wurden, ohne das grundlegende Recht auf ein Verfahren vor einen öffentlichen Gericht zu haben. Nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit, ISA, mußten wir alle die ersten 60 Tage in Isolationhaft unter Bedingungen ertragen, die internationale Maßstäbe von Menschlichkeit verletzen. Nun leiden wir weiter unter der psychischen Qual der Trennung von unseren Angehörigen und der Vorenthaltung der Freiheit, des wertvollsten Menschenrechts. Wir haben nie die Vorwürfe der Regierung gegen uns akzeptiert und weisen sie erneut zurück.

Wir haben uns immer an die Wahrheit, an die Vernunft, die Gerechtigkeit und Demokratie in all unserem Handeln gehalten, und wir widersprechen energisch den Verdrehungen und Fälschungen der Wahrheit in dem Weißbuch der Regierung. Die sogenannte „Krise der nationalen Sicherheit“ im Oktober 1987 war ein Szenario, das durch rassistische und extremistische Elemente innerhalb der Regierungskoalition angezettelt wurde. Sie sind die Schuldigen, die nach dem Gesetz wegen Aufwiegelei angeklagt werden sollten. Stattdessen nutzt die Regierung die Gelegen-

heit, die Oppositionsparteien, die Gewerkschafter, Bildungsaktivisten, religiöse Führer und andere Dissidenten, die nicht vom demokratischen Pfad abgewichen sind, mit dem ISA zu knebeln.

Das Jahr seit dieser heimtückischen „Operation Lallang“ war eine Schande für alle freiheitsliebenden und demokratisch gesinnten Malaysier. Die Mahathir-Regierung hat die demokratischen Institutionen unseres Landes brutal angegriffen. Der Grundsatz der Gewaltenteilung wurde schwer angeschlagen durch die Bedrohungen der Justiz nicht nur durch Gesetzesänderungen, sondern auch durch die skandalöse Suspendierung von 5 Obersten Richtern und des Lord President. Die Absetzungen des Lord President und 2 Oberster Richter machen deutlich, welche Tiefen die Mahathir-Administration bereit ist zu durchgehen, um an der Macht zu bleiben. Die Bürgerrechte wurden durch neue Gesetze eingeschränkt. Es ist daher offensichtlich, daß diese „Operation Lallang“ das Signal zur kalkulierten Repression und Einschüchterung des malaysischen Volkes diente und die Aufmerksamkeit von den unlösbaren Problemen, denen sich die Regierungspartei und ihre Koalition gegenüber, ablenken sollte.

Das vergangene Jahr hat die Regierung weiterhin gefangen in ihrem widersprüchlichen Netz von Ansprüchen gesehen. Während sie auf der einen Seite unsere Inhaftierung damit begründet, daß es das politische Klima nötig gemacht hätte, versucht sie auf der anderen Seite ausländische Investoren ins Land zu locken, indem sie behauptet, die Situation sei wieder normal und ideal für Investitionen. Wenn letzteres der Fall sein sollte, kann unsere andauernde Inhaftierung nur als Versuch gewertet werden, die Opposition und andere demokratische Kräfte in Malaysia zu unterdrücken. Die Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Nachwahlen haben überzeugend die Zurückweisung und Verurteilung der antidemokratischen Handlungen der Mahathir-Administration gezeigt.

Um unseren Protest gegen unsere andauernde Inhaftierung im „Tempat Tahanan Kamunting“ ein Jahr nach der ungerechtfertigten „Operation Lallang“ Ausdruck zu verleihen, werden die Nicht-Muslime unter uns ISA Inhaftierten vom 27. Oktober, 8 Uhr, bis zum 3. November, 8 Uhr, einen Hungerstreik durchführen; die Muslime unter uns werden ein islamisches Fasten für die selbe Zeit einlegen, um unsere Dankbarkeit gegenüber Gott zu zeigen, daß unser Glaube und un-

ser Mut so stark wie bisher geblieben ist, seit dem Tag unserer Festnahme. Mit dieser wichtigen Aktion hoffen wir inbrünstig, daß alle ehrlichen und freiheitsliebenden Völker nicht nur in Malaysia, sondern in der ganzen Welt, die große Ungerechtigkeit und die Verstümmelung der Demokratie in unserem geliebten Land wahrnehmen werden.

- **Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung aller ISA-Inhaftierten; Streichung aller Auflagen und Einschränkungen der bereits Freigelassenen.**
- **Abschaffung des ISA !**
- **Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie jetzt !**
- **Es lebe die Solidarität !**

Gezeichnet von: Lim Kit Siang, Karpal Singh, Mohamad Sabu, Mohamad Nasir Hashim, Aroika Dass, Kua Kia Soong, Kamaruzzaman Ismail, P. Patto, Tuang Pik King, Yusuf Hussein, Lau Dak Kee, Lim Guan Eng, Tengku Shukri Zainal, Zainuddin Abdullah, Philip Cheong Ah Khow, Mohamad Yunus Lebai Ali; lang einsitzende Inhaftierte Chong Kon Fatt und Heng Boon Lean.

(Übersetzung nach einer Flugblattvorlage von P. Franke)

NACHRICHTEN

MALAYSIA

„Vetternwirtschaft“ gerichtlich vorzugehen, sind inzwischen kaum erfolgversprechend, wie der Fall der Firma United Engineering beim M\$ 3,4 Mrd.-Projekt zum Ausbau der Nord-Süd-Autobahn (vgl. SOAI 1/88, S.39) und die Knebelung der Justiz zeigen.

Gerüchten zufolge soll Mahathir die Loyalität auch durch Unterstützung bei finanziellen Schwierigkeiten erkaufte und andere zum Stillhalten durch die Androhung der Veröffentlichung von Skandalen bewegt haben. Letzteres wird von dem Wahlkönig Malaysias, dem Sultan von Johor, gesagt, der als jähzorniger Mensch gilt und beim Golfspiel aus Wut mit seinem Golfschläger auf einen Träger eingeschlagen und ihn schwer verletzt haben soll.

Marcos hat zur Sicherung seiner Macht dem Militär eine wichtigere Rolle zukommen lassen. Die vorgesehene Modernisierung der Streitkräfte für die Landesverteidigung durch den geplanten Ankauf von modernen Waffensystemen in Großbritannien in Milliardenhöhe scheint ein Schachzug Mahathirs zu sein, die Militärs auf seine Seite zu bekommen oder sie zumindest weiterhin neutral zu halten. Ein Reihe von hochrangigen Generälen der Armee kommt aus dem gleichen Bundesstaat wie Mahathirs Gegenspieler Tengku Razaleigh. Gerüchten zufolge sollen diese mit einem Militärputsch gedroht haben, falls Mahathir im Sommer Razaleigh nach ISA inhaftiert hätte, was er angeblich vorgehabt hatte.

Anders als Marcos braucht Mahathir nicht das Kriegsrecht auszurufen, um die demokratischen Grundfreiheiten auszuschalten. Der gesamte repressive Gesetzesapparat und die zahnlose Justiz gibt Mahathir fast die gleichen Möglichkeiten uneingeschränkter Herrschaft wie seinerzeit Marcos durch das Kriegsrecht. Hinzu kommt, daß Mahathir innenpolitisch mit der Rassenproblematik ein wirkungsvolles, hochexplosives Instrument zur Verfügung steht, mit dem er – wenn auch eine sehr gefährliche – Politik betreiben kann.

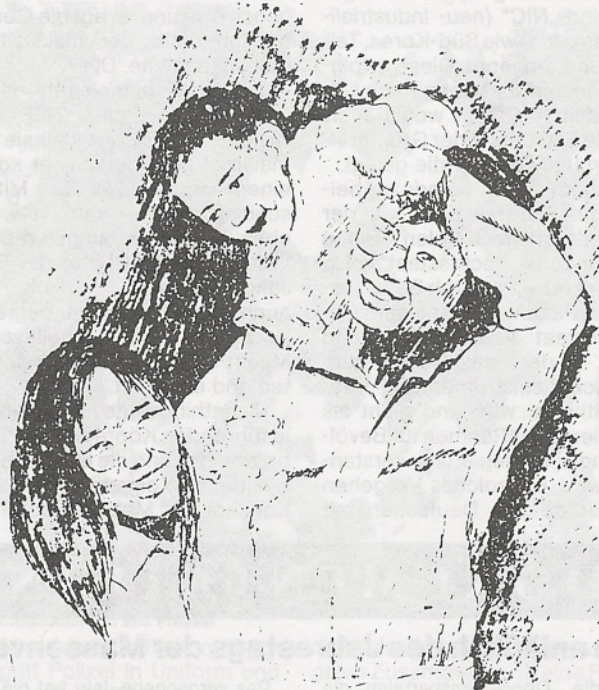
Aber noch ist Mahathirs Position nicht ganz so gefestigt wie die Marcos' zu Zeiten des Kriegsrechtes. Die geschwächte Opposition im Land ist nicht völlig ausgeschaltet und noch hörbar. Die internationale Öffentlichkeit hört nicht auf, die Menschenrechtsverletzungen in Malaysia anzuprangern, und der wirtschaftliche Aufschwung durch die gestiegenen Exporterlöse ist nicht gesichert.

F. Stein

Polizei versucht, durch Erpressung Spitzel zu gewinnen

Bereits im Dezember 1987 versuchte die Special Branch – SB – (Sondereinheit) der Polizei zwei ehemalige Aktivisten der Singapore Polytechnics (Universität) aus den 70er Jahren, Cecilia Lim und ihren Mann Soh Weng Sing, zu Spitzeltätigkeiten zu erpressen. Dies wurde durch eine umfangreichere Erklärung des Ehepaars vom 26.8.88 bekannt.

Immer wieder wurde ihnen vorgehalten, daß ihr kleiner Sohn sie vielleicht die nächsten zwei, fünf oder zehn Jahre nicht wiedersehen würde, wenn sie nicht kooperierten. Schließlich unterschrieben beide sogenannte „Geständnisse“, die sie auch auf ein Tonband sprechen mußten, und erklärten sich bereit, für die SB zu arbeiten. Ihnen wurde klar gemacht, daß man sie überwa-



Nach dem Einkauf in einem Einkaufszentrum mit ihrem zweijährigen Sohn in ihrer Heimatstadt Penang am 11.12.87 wurden sie von der SB – natürlich in Zivil – aufgegriffen, in getrennte Fahrzeuge gezwungen und von ihrem schreienden Sohn getrennt. Beide wurden eine Nacht lang getrennt einem Verhör unterzogen, in dem sie über ihre Studentzeit ausgefragt wurden und ihnen vorgeworfen wurde, sie seien Kommunisten und nur eine Zusammenarbeit mit der SB könne sie vor einer Inhaftierung nach dem ISA bewahren.

Sie sollten vor allem Aktivitäten bestimmter Personen aus ihrem Umfeld beobachten sowie Kontakte zu in Europa lebenden, ehemaligen Aktivisten der 70er Jahre anknüpfen – u.a. zu dem angeblichen Kopf der „marxistischen Konspiration“ gegen die Regierung Singapurs, Tan Wah Piao –, um sie zur Rückkehr nach Singapur bzw. Malaysia zu bewegen.

chen werde, und, falls sie ihre Spitzeltätigkeit verrieten oder die Kooperation nicht befriedigend sei, sie mit einer Inhaftierung nach ISA zu rechnen hätten.

Im Februar 1988 gelang es beiden, mit ihrem Sohn sich nach Australien zu Verwandten abzusetzen. Aus Furcht vor Repressalien gegenüber den z.T. noch in Malaysia/Singapur lebenden Verwandten, gingen sie vorerst nicht an die Öffentlichkeit mit ihren Erfahrungen. Erst als im April 1988 die singapureanische Regierung mit einer Verleumdungskampagne gegen Cecilia Lim begann, sie sei eine Kommunistin und Botin für Tan Wah Piao, entschieden sie sich schließlich, dieses Vorgehen der malaysischen Polizei – offensichtlich in Zusammenarbeit mit der Singapur – in die Öffentlichkeit zu tragen, um den Charakter der Regierung deutlich zu machen.

vgl. Originaltext der Erklärung vom 26.8.1988

Zwei der fünf suspendierten Obersten Richter entlassen

Mit Wirkung vom 7.10. sind 2 der 5 am 6.7. suspendierten Richter des Obersten Gerichtshofes (Supreme Court) von Malaysia (vgl. SOAI 3/88 S.32) ihres Amtes enthoben worden. Ein Tribunal von 5 Richtern aus Malaysia und anderen Commonwealth-Staaten hatte mehrheitlich gegenüber dem König, der das Tribunal zusammengestellt hatte, diese Empfehlung ausgesprochen. Bei den entlassenen Richtern handelt es sich um Tan Sri Wan Suleiman Pawan Teh und Datuk George Seah. Ihnen wird Pflichtverletzung vorgeworfen, weil sie einer Gerichtsverhandlung in Kota Baru am 2.7. ferngeblieben sind, um im Eilverfahren in Kuala Lumpur über die Rechtmäßigkeit des Tribunals zum Amtsenthebungsverfahren des ehemaligen Lord President Tun Mohamed Salleh Abas zusammen mit den 3 anderen suspendierten Richtern zu entscheiden. Für Suleimans Amtsenthebung stimmten 4 Richter des Tribunals für Seahs lediglich 3. Einstimmig wurden die 3 Richter Tan Sri Eusoffe Abdoolcader, Tan Sri Wan Hamzah Mohamed Salleh und Tan Sri Mohamed Azmi Kamarudin wieder in den Dienst zurückberufen. Alle 5 Richter sind zu den Verhandlungen des nicht-öffentlich tagenden Tribunals erschienen und haben sich mit Hilfe von 11 Anwälten verteidigt. Die Anwaltskammer (bar-council) hat in einer Stellungnahme vom 9.10. scharf gegen die Entscheidung protestiert und forderte den Rücktritt Tan Sri Abdul Hamid Omars als amtierenden Lord President, als Chief Justice und Richter des Obersten Gerichtshofes, weil er gegen grundlegende Rechtsprinzipien verstoßen habe. Er würde als Mitglied des Obersten Gerichts die Integrität der Justiz ernsthaft in Frage stellen. Politische Beobachter sehen in der Amtsenthebung der beiden Richter und des Lord President Tun Salleh eine erhebliche Schwächung der Unabhängigkeit der bisher eher konservativen Justiz. 2 der wiedereingestellten Richter werden im Laufe des nächsten Jahres pensioniert. Somit kann Premierminister Mahathir praktisch 5 von 11 Richterposten des Obersten Gerichtes nach seinem Geschmack neu besetzen. Chandra Muzaffar von ALIRAN geht dabei von einer Besetzung mit Richtern aus, „die eine harmonische Beziehung zur Exekutive haben“.

vgl. FEER 15.9.S.12, 20.10.88 S.14f; ALIR Vol.8, No.6 S.44, No.7 S.25ff, 44f 1988.